EP-U-01-658

Kapitel 1: Erhalten, was uns erhält: unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

43. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
9. - 11. November 2018, Leipzig

Antragsteller*in: Lisa Badum (Forchheim KV)

Änderungsantrag zu EP-U-01

Nach Zeile 658 einfügen:
1.7 Europäischer Klimapass als Baustein menschenwürdiger Klimapolitik

Wir Grüne setzen uns dafür ein, mit einer fairen Entwicklungspolitik und entsprechenden Klimaschutzmaßnahmen Fluchtursachen zu bekämpfen. Eine durchdachte Flüchtlingspolitik will Menschen nur davor bewahren, ihre Heimat **zwangsweise** und plötzlich verlassen zu müssen bzw. unter gefährlichen Umständen u.a. nach Europa zu flüchten.
Die Zahl der Klimageflüchteten kann deutlich reduziert werden, wenn Regierungen entsprechende Maßnahmen zur Verringerung der Treibhausgasemissionen einführen und umsetzen, die Migration in Entwicklungsplänen berücksichtigen sowie in die Forschung zu klimabedingter Migration investieren. Es sind darüber hinaus jedoch konkrete migrationspolitische Maßnahmen gefragt, die die von Auswirkungen der Klimakrise gefährdeten Bevölkerungen schützen.
Menschen, die aufgrund von klimatischen Veränderungen aus ihrer zerstörten Heimat fliehen müssen, haben derzeit kein unmittelbares völkerrechtliches Schutzinstrument, auf welches sie sich berufen können. Die fehlenden rechtlichen Schutzmöglichkeiten sind angesichts der aktuellen globalen Entwicklungen nicht mehr zu rechtfertigen. Die Klimakrise ist und wird als ein Faktor bei Migrationsentscheidungen künftig zunehmend an Bedeutung gewinnen. Daher sind nun rechtlich bindende Maßnahmen gefordert, die den Einfluss von klimatischen Veränderungen auf Migrationsbewegungen berücksichtigen.
Die von der Klimakrise existenziell bedrohten Menschen verdienen eine Chance, rechtzeitig, selbstbestimmt und legal Schutz zu ersuchen. Um dies zu ermöglichen, ist die Einführung eines Klimapasses notwendig.
Wir Grüne sehen darin die Möglichkeit, als potenzielles Aufnahmeland Verantwortung für die Klimakrise zu übernehmen, die Chance dem Leiden und Sterben ein Ende zu setzen, legale Fluchtwege zu schaffen und Familien ein sicheres Zuhause zu geben sowie aktuellen Entwicklungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Es ist ein idealer europäischer bzw. internationaler Ansatz für die gemeinsame Migrations- und Flüchtlingspolitik, aber vor allem ein

Baustein einer menschenwürdigen Klimapolitik.
Deshalb fordern wir die Einführung eines Klimapasses, der

- vom Klimawandel bedrohten Personen frühzeitige, freiheitliche und würdevolle Migrationsoptionen bietet
- von Ländern ausgestellt wird, die mit erheblichen historischen wie heutigen Treibhausgasemissionen zum Klimawandel beigetragen haben bzw. beitragen, sog. Aufnahmeländer
- in erster Linie für die Bevölkerung kleiner Inselstaaten angeboten wird, deren Staatsgebiet durch den Klimawandel unbewohnbar wird.
- auf der europäischen Ebene durch die Vertreter*innen der Mitgliedstaaten im Rahmen zielorientierter Zusammenarbeit beschlossen und fortentwickelt wird.

Begründung

Begründung:
Es gibt unterschiedliche Formen menschlicher Mobilität bedingt durch Klimakrise, Umweltzerstörung und Naturkatastrophe: Vertreibung, Migration, geplante Umsiedlung, erzwungene Mobilität und Klimaflucht.
Mit dem Klimapass wird eine würdevolle Migrationsoption geschaffen, die die Menschen davon abringen wird, sich auf die gefährlichen, nicht selten tödlichen illegalen Fluchtwege zu begeben oder mit kriminellen Schlepperorganisation zusammenzuarbeiten. Ein Klimapass wird den Menschen ermöglichen, eine selbstbestimmte und rechtzeitige Entscheidung zu treffen, OB und WANN sie den Schutz vor klimabedingten gefährlichen Veränderungen in einem Aufnahmeland ersuchen werden. Ein Klimapass ermöglicht eine zeitgerechte Planung.
Der Klimapass soll nicht anstelle von, sondern begleitend mit Klimaschutzmaßnahmen und Klimanothilfe etabliert und finanziert werden. Der Großteil der derzeitigen Klimamigration ist noch nicht grenzüberschreitend und die Schutzmaßnahmen müssen von Region zu Region fortlaufend angepasst werden. Klar ist, wirksame Klimaschutzmaßnahmen sind die besten Mittel, um der Klimamigration entgegenzusteuern.
Dieses Instrument ist gleichzeitig auch eine wirksame Klimaschutzmaßnahme. Denn die Staaten, die die Aufnahme von klimabedingten Migranten als eine zu hohe Belastung empfinden, werden motiviert, ihre Ambitionen und Emissionsminderung zu erhöhen. Mithin werden sie die Flucht- und Migrationsursachen langfristig selbst bekämpfen können.
Die weiteren möglichen Gründe für die Aufstellung eines Klimapasses wären dann in einem Klimapasskonzept mit Priorisierung und entsprechender Begründung zu konkretisieren, z.B. in absehbarer Zukunft wird auch Hunger als Grund aufgenommen werden müssen.
Die Inselstaaten sind ein akuter Fall. Den droht eine Überschwemmung, die aber nicht durch eine unerwartete Katastrophe hervorgerufen worden ist. Mit der ist seit Langen gerechnet worden. Hier wird auch das komplette Staatsgebiet verschwinden.
Nach China und den Vereinigten Staaten sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union drittgrößter Treibhausgas-Verursacher der Welt. Demzufolge müssen auch die EU-Mitgliedstaaten die Verantwortung für die Entwicklungen der menschengemachten Klimakrise übernehmen und geeint derzeitige Probleme lösen.
Das Thema klimabedingte Flucht/Klimapass wird bei der 24. Klima-Vertragsstaatenkonferenz nicht auf der Tagesordnung stehen. Umso wichtiger ist eine starke Zusammenarbeit in diesem Bereich auf der europäischen Ebene.

weitere Antragsteller*innen

Uwe Kekeritz (Neustadt/Aisch-Bad Windsheim KV); Henrike Hahn (München KV); Emmerich Huber (Forchheim KV); Christian Beck (Berlin-Mitte KV); Erik Marquardt (Berlin-Treptow/Köpenick KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Krister-Benjamin Schramm (Oldenburg-Stadt KV); Sven-Christian Kindler (Hannover RV); Sylwia Andralojc-Bodych (Berlin-Spandau KV); Werner Weindorf (München KV); Florian Braunreuther (Fürth-Stadt KV); Elias Schmidt (Miltenberg KV); Lena Knauer (Forchheim KV); Kai Wehnemann (Oldenburg-Stadt KV); Sibylle Steffan (Berlin-Neukölln KV); Joachim Schneider (Miltenberg KV); Filiz Polat (Osnabrück-Land KV); Christina Johanne Schröder (Wesermarsch KV); Manfred Hierdeis (Fürth-Stadt KV); Joachim Wondrak (Bamberg-Stadt KV); Peter Meiwald (Ammerland KV)